

Dr. Tobias Trütsch ist Geschäftsführer des Centers for Financial Services Innovation an der Universität St.Gallen. Das Center ist administrativ dem Schweizerischen Institut für Banken und Finanzen angegliedert.

## Staatsgarantie führt CS-Kunden zu Kantonalbanken

Das Verschwinden der Credit Suisse werde in der Ostschweiz keinen grossen Einfluss auf Bankdienstleistungen haben, schätzt Tobias Trütsch vom FSI-HSG, Center for Financial Services Innovation. Bei Privatkunden haben sich Marktanteile zu Kantonalbanken verschoben.

In der Schweiz betrieben gemäss der Schweizerischen Nationalbank Ende 2022 die verschiedenen Banken rund 2600 Geschäftsstellen, in der engeren Ostschweiz waren es immerhin 274 (Appenzell Innerrhoden neun, Appenzell Ausserrhoden zwölf, Thurgau 78, St.Gallen 175). Braucht es überhaupt ein solches engmaschiges Bankennetz? «Wenn es nur um die Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen geht, dann sind das sicherlich zu viele Standorte», sagt Tobias Trütsch, Geschäftsführer des Center for Financial Services Innovation an der HSG. «Es würde auch mit weniger Filialen gehen, um eine flächendeckende Grundversorgung zu gewährleisten.»

Einen Auftrag für die Grundversorgung im Zahlungsverkehr gibt es für Banken nicht, aber für die Post: 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines Kantons müssen zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln innert 20 Minuten Bargeldleistungen erreichen können. «Die Post erfüllt das», sagt Trütsch. Würde man die identischen Kriterien für Banken anwenden, wären sie nur in den Stadtkantonen Genf und Basel vollständig erfüllt. «Sobald der Kanton ländlicher wird, sind die Leute zu Fuss oder mit dem Öffentlichen Verkehr länger unterwegs, bis sie Bargeldleistungen einer Bank erreichen.» Allerdings sei eine solche Definition von erreichbaren Bargeldleistungen auch nicht mehr ganz zeitgemäss.

*«Für viele verunsicherte CS-Kunden dürfte das Argument der Staatsgarantie eine Rolle gespielt haben.»*

### Präsenz markieren

Wenn es wesentlich mehr Bankfilialen gibt, als es für eine zumutbare Grundversorgung benötigen würde, dann muss es dafür einen anderen Grund geben. Für Tobias Trütsch ist klar: «Es geht auch um den Marketing-Aspekt, die Banken wollen Präsenz markieren.» Gerade Raiffeisen als «people's bank» wolle möglichst nahe bei den Leuten sein, «das ist Teil ihrer Strategie».

Die Struktur mit den vielen kleinen Raiffeisen-Genossenschaften trägt das ihre zum dichten Filialnetz bei. «Solange die Banken auf diese Weise Geld verdienen, sehen sie kaum einen Grund, ihr Filialnetz zu redimensionieren.»

Betriebswirtschaftliche Betrachtungen stellen Banken durchaus an, was unter anderem dazu führt, dass die Zahl der Bancomaten in den vergangenen Jahren reduziert wurde. «Der Trend ist klar rückläufig», sagt Tobias Trütsch, der Autor der Studie Swiss Money Map ist. Darin hat er die Bargeldbezugspunkte in der Schweiz untersucht: Ende 2006 wurden noch rund 5700 Bancomaten in der Schweiz gezählt, bis 2020 stieg die Zahl auf über 7200 an, doch seither werden die Bankmaschinen stetig weniger: Ende 2023 waren es noch 6150 Stück.

Bargeldloses und digitales Bezahlen setzt sich immer mehr durch. «Es gibt ganz einfach weniger Leute, die Geld abheben», erläutert Tobias Trütsch den Rückgang der Zahl der Bancomaten, «und die Fixkosten pro Bancomaten sind mit 15'000 bis 40'000 Franken pro Jahr exklusive Anschaffungskosten sehr hoch.» Wenn ein Bancomat nur noch einmal am Tag benutzt wird, legen die Banken drauf. Die Banken verdienen nur dann

## Warum wächst der Staat?

**Das Wachstum des Verwaltungsapparats ist nur ein Teilphänomen des generellen Staatswachstums, dessen Ursachen in einem Teufelskreis verknüpft sind. Je grösser die Zahl der Staatsabhängigen ist, desto massiver wird die demokratische Zustimmung zum weiteren Ausbau des «Status quo», obwohl dieser auf Dauer weder nachhaltig praktikierbar noch finanzierbar ist.**



Eines Tages kommt nämlich «die Stunde der Wahrheit», in der die Politiker die Frage «Wer soll das bezahlen?» beantworten müssen. Weder die Antwort «die Reichen» noch «der nächsthöhere Verband» oder «die nächste Generation» sind auf die Dauer plausibel.

Der «lange Marsch» in den Umverteilungsstaat lässt sich durch das demokratische Mehrheitsprinzip nicht stoppen. Im Gegenteil: Es ist eines der Treiber, weil Umverteilung bei der Mehrheit der Empfänger populär ist. Der Daseinsvorsorge- und Umverteilungsstaat führt in Kombination mit dem Mehrheitsprinzip und progressiver Besteuerung früher oder später in den Staatsbankrott.

Man kann den Reichen den Reichtum zwar wegbesteuern, um ihn umzuverteilen, aber wenn dieser weg ist, versiegt diese Quelle. Zudem macht man in dieser Phase die Nicht-Reichen (Tax eaters) von den Reichen (Tax payers) abhängig, statt sie eigenständig und selbst produktiver zu machen.

Wir steuern auf eine Situation zu, in der jeder auf Kosten der anderen leben möchte und sich die Politik zunächst auf die Suche nach Zahlern und später nach Schuldigen an der kollektiven Verschuldung macht. Ein Volk von Subventionierten und Rentnern darf die Frage nicht verdrängen, wer denn immer wieder für «finanziellen Nachschub» sorgt. Die Parlamentarier, die von ihren «auf Pump» Begünstigten wieder gewählt werden wollen, kümmern sich mehr um ihre Popularität als um die Nachhaltigkeit der Finanzierung ihrer Politik. Nicht der meist polemisch fehlgedeutete Gegensatz von «Links» und «Rechts» ist das Zukunftsproblem Nummer eins, sondern der Etatismus und der Zentralismus aller Parteien, die mit jeweils unterschiedlichen Motiven ihre gut bezahlten Politiker einspannen, die dann das bürokratische und fiskalische Wachstum vorantreiben.

Robert Nef, Publizist St.Gallen